
Wie geht Friedenspolitik in der Schweiz?

Neue Wege-Gespräch mit
Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin,
Jo Lang, Historiker, Anna Leissing,
Leiterin der Schweizer Plattform
für Friedensförderung KOFF,
von Matthias Hui

Frieden und Sicherheit stehen heute auf den meisten politischen Agenden nicht zuoberst. Bei unseren Gesprächspartner*innen schon. In Sachen Rüstungsexporte oder Care sind sie sich einig. Bei militärischen Auslandseinsätzen oder Frauen in der Armee gehen die Meinungen auseinander.

WW Mit Friedenspolitik kann man sich in der Schweizer Politik kaum Lorbeeren holen. Wieso ist sie trotzdem Schwerpunkt der Arbeit von Ihnen allen?

PSG Seit ich im Nationalrat bin, und vor allem in der Sicherheitspolitischen Kommission, hat Friedenspolitik für mich einen neuen Fokus: Wie wird die Schweiz wahrgenommen in dieser Welt? Was ist unsere Aufgabe? Die Schweiz hat ein sehr ambivalentes, ja bigot-tes friedenspolitisches Verhalten, wenn ich das mal so ausdrücken darf. Man bemüht sich

einerseits, ein Land der Guten Dienste zu sein. Wir sind als Depositarstaat Hüterin der Genfer Konventionen. Das Rote Kreuz wurde bei uns gewissermassen erfunden. Die Schweiz hat einen humanitären Ruf, auf den sie sehr stolz ist. Wir beteiligen uns an Konfliktschlichtungen und verlangen, dass Menschenrechte und Völkerrecht eingehalten werden. Das ist die Rolle, die die Schweiz als neutraler Staat einnehmen sollte. Aber andererseits exportiert sie in grossem Ausmass Kriegsmaterial. Damit sind wir mitverantwortlich, dass Konflikte überhaupt entstehen oder nicht enden können. Diese Zweigleisigkeit geht für mich nicht. Gerade wenn Leute mit christlichem Hintergrund kein Problem mit Kriegsmaterial-exporten haben, stösst mich das vor den Kopf. Vielleicht bin ich mit einer naiven Vorstellung nach Bern gekommen, aber in diesem Bereich habe ich eine Grunderschütterung erlebt.

AL Die ambivalente Rolle der Schweiz zu überwinden, ist auch für mich eine wichtige Motivation in der Friedensförderung. In diesem Spannungsfeld bewegen sich auch die Mitgliedsorganisationen unserer Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF, darunter politisch sehr aktive und solche, die Friedensförderung eher im Hintergrund betreiben, solche mit Fokus Schweiz und solche mit Programmen im Ausland. Wir fragen: Wie bringen wir das friedenspolitische Engagement der Schweiz im Ausland stärker mit innenpolitischen Massnahmen oder Politiken in Verbindung? Das Zusammenspiel der verschiedenen Kräfte, vom Parlament über die Verwaltung bis zur Zivilgesellschaft, ist extrem spannend, aber ein differenzierter Dialog ist anspruchsvoll.

JL Ich bin heute hauptsächlich in der Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA engagiert. Vor fünfzig Jahren war ich bei der Internationalen der Kriegsdienstgegner und in der Arbeitsgruppe Dritte Welt aktiv. Das prädestinierte mich eigentlich dazu, das Militär zu verweigern. Aber 1973 passierte etwas, was unsere Generation, etwas zu jung für die heisse Phase des Vietnamkriegs, stark geprägt hat: der Putsch in Chile. Nach unserer Analyse war es damals der grosse Fehler der Linksregierung von Allende, die Soldaten nicht gegen die Armeeführung organisiert zu haben. Denn es waren Soldaten aus Arbeiter*innen- und Bäuer*innenfamilien, die auf Arbeiter*innen und Bäuer*innen schossen. Aufgrund dieser Erfahrung regte sich neben dem pazifistischen das antimilitaristische Engagement; ich machte die Rekrutenschule. Es war eine rebellische Zeit,

ich wurde von der Militärjustiz wegen Aufforderung zu Ungehorsam verurteilt. Zu Beginn der 1980er Jahre, im Rahmen der damaligen Antikriegs- und Antiaufrüstungsbewegung, wurde dann die GSoA gegründet. Ihr Hauptthema war, unabhängig davon, ob wir es aufwarfen oder nicht, die Verarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Hauptverdienst der GSoA war es, aus meiner Sicht, den Mythos gebrochen zu haben, dass die Armee uns damals gerettet hatte.

AL Ich möchte den Bezug zum Putsch in Chile aufnehmen. Lateinamerika ist für mich persönlich noch heute ein wichtiger Bezugsrahmen, nicht nur historisch. Das gilt auch für andere Organisationen der KOFF-Plattform, die in dieser Region tätig sind. Friedensförderung und Friedenspolitik sind nicht nur in «klassischen» Konfliktsituationen notwendig, bei zwischenstaatlichen Kriegen und innerstaatlichen bewaffneten Konflikten, sondern eben auch in Situationen, wie wir sie heute zum Beispiel in Zentralamerika erleben, wo massivste Gewalt die Gesellschaften prägt und wo die Kultur der Gewalt mit einer Omnipräsenz von Waffen und Sicherheitskräften einen kriegsähnlichen Zustand hervorbringt. Da soll die Schweiz friedenspolitisch aktiv sein, indem sie Menschenrechte stärkt, Rechtsstaatlichkeit und Geschlechtergleichstellung fördert, Korruption bekämpft, zivilgesellschaftliche Partizipation und demokratische Strukturen stützt. Diese Elemente kommen meiner Meinung nach heute in Bezug auf Aufmerksamkeit, politische und finanzielle Unterstützung zu kurz.

mw Was hat Sie politisiert, Priska Seiler Graf?

PSG Politisiert wurde ich in den 1980er Jahren, in der Reagan-Zeit, und dann mit Gorbatschow und dem Fall der Berliner Mauer. Als junger Mensch war ich sehr zuversichtlich: Es schien doch etwas möglich zu sein in dieser Welt. Die GSoA-Abstimmung 1989 für eine Schweiz ohne Armee war eine Zäsur in meinem politischen Leben. Und dann kam ich in die Politik. Ich setze den Fokus heute darauf: nicht erst handeln und eingreifen, wenn es brennt oder schon gebrannt hat, eben nicht nur Konflikt-schlichtung und Mediation, sondern Prävention. Sicherheits- und Friedenspolitik ist ein Zwilling der Aussenpolitik. Es braucht eine aktivere Aussenpolitik inklusive Entwicklungszusammenarbeit. Wir geben nicht zu viel, sondern viel zu wenig Geld dafür aus. Friedenspolitik kann nicht nur vom Staat kommen, die Zivilgesellschaft muss eng miteinbezogen

werden. Vor allem auch die Frauen. Dabei ist die Umsetzung der UNO-Resolution 1325 ganz wichtig, hier wird noch zu wenig gemacht.

mw Was besagt diese Resolution genau?

AL In der Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats aus dem Jahr 2000 wird die Rolle von Frauen in der Konfliktprävention und bei Friedensprozessen von der Staatengemeinschaft ein erstes Mal überhaupt anerkannt. Auch in der Schweiz gibt es zur Umsetzung dieser Anliegen einen Nationalen Aktionsplan. KOFF begleitet dessen Umsetzung zusammen mit dem *cfd – die feministische Friedensorganisation* und *FriedensFrauen Weltweit* aus einer kritisch-konstruktiven zivilgesellschaftlichen Perspektive. So haben wir uns intensiv mit der Rolle von Frauen bei der Prävention des sogenannten gewalttätigen Extremismus auseinandergesetzt. Dabei wurde klar, dass in dieser Debatte die Gefahr gross ist, dass Geschlechtergleichstellung für staatliche Sicherheit instrumentalisiert wird. Dies widerspricht den feministischen Anliegen der Resolution. Momentan untersuchen wir die sozioökonomischen Bedingungen, damit Frauen an friedenspolitischen Prozessen teilhaben können. Hier legen wir den Fokus auf Care. Carearbeit ist einerseits eine Hürde für Frauen, die eine Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen erschwert, deshalb muss sie gerechter aufgeteilt werden. Aber Sorgearbeit ist eben auch ein absolut essenzieller Beitrag zu Frieden und Sicherheit, den immer noch mehrheitlich Frauen leisten. Dieses Verständnis von menschlicher Sicherheit, der grundsätzlichen Bedingungen, die dafür gegeben sein müssen, muss politisch viel stärker aufgenommen und finanziell unterstützt werden. Das fehlt im neuen Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrats.

mw Welche Schwerpunkte setzen Sie, Jo Lang, in der Friedenspolitik?

JL Es geht nicht nur darum, das Richtige tun. Noch wichtiger ist, das Falsche zu unterlassen. Die Schweiz produziert globale Ungleichheit. Als Zuger liegt für mich ein Beispiel auf der Hand: Zug ist Sitz vieler ausbeuterischer Rohstoffkonzerne. Gegen diese Ausbeutung versuchte die Initiative für Konzernverantwortung anzugehen. Ein zweites Beispiel ist das Klima: Der Fussabdruck der Schweiz bräuchte drei Planeten. Das sagt alles. Ein weiteres hat Priska Seiler Graf eingebracht: Die Schweiz exportierte letztes Jahr, wenn wir die «besonderen

Friedensförderung ist nicht nur in «klassischen» Konfliktsituationen notwendig

militärischen Güter» dazunehmen, für fast eine Milliarde Franken Rüstungsgüter. Besonders bedeutend sind auch in dieser Frage die Investitionen durch schweizerische Finanzinstitute. Allein in Firmen, die atomare Waffen bauen, wurden aus der Schweiz etwa neun Milliarden Franken investiert, inklusive Gelder der Nationalbank. Damit setzt die Schweiz Zeichen für Aufrüstung. Wenn wir die Opportunitätskosten, das heisst, die Summe, die der Volkswirtschaft verloren geht, weil die Leute im Militär sind, einbeziehen, gibt die Schweiz jährlich über zehn Milliarden Franken für militärische Pseudosicherheit aus. Auf der anderen Seite geht es darum, das Richtige zu tun. Die Neutralität ist eine Chance, mit der wir die UNO, auch gegen die NATO, einen «Sonderbund» des reichen Nordwestens dieses Planeten, stärken können. Stellen wir als Land, das seit 1847 keinen Krieg führen musste, der Welt unsere Stärke, das Friedenshandwerk, zur Verfügung! Dazu gehören die Konflikterfahrungen eines mehrsprachigen, mehrkonfessionellen Landes mit starker Einwanderung oder die Guten Dienste.

PSG Könnte zum richtigen Tun nicht auch militärische Friedensförderung gehören?

JA Militärische Friedensförderung gibt es gar nicht. Der UNO und der KSZE, wie die OSZE damals hiess, ist es gelungen, die Diktaturen in Osteuropa zu einem friedlichen Ende zu führen. In diese Situation hinein kam Gorbatschow mit der richtigen Idee, ein europäisches Haus zu bauen. Die *raison d'être* der NATO, die ihre Existenz immer mit dem Warschauer Pakt legitimiert hatte, war infrage gestellt. Aber sie instrumentalisierte den Balkankrieg, in dem sie die UNO systematisch vorführte. Die 1990er Jahre werden sicherheitspolitisch in die Geschichte eingehen als Jahrzehnt, das mit einer starken UNO und einer schwachen NATO begann und im völkerrechtswidrigen Kosovokrieg – ein Tabubruch – mit einer schwachen UNO und einer starken NATO endete. In den folgenden Militärinterventionen liegt aus meiner Sicht der Hauptgrund, warum diese Welt nach dem Kalten Krieg wieder so verrückt geworden ist. Dass der Nahe Osten total durcheinander ist, hat entscheidend mit dem Irakkrieg zu tun. Die Bilanz des militärischen Interventionismus ist eine absolute Katastrophe. In der Linken wurde diese Einschätzung mit den grossen Antikriegsbewegungen von 2003 mehrheitsfähig. Sicher gibt es Situationen, in

denen ein Eingriff von aussen notwendig ist. In Ruanda wäre das der Fall gewesen. Ich bin kein Fundamentalpazifist. Aber es muss die UNO sein, die solche Operationen durchführt.

mw Es gibt Unterschiede in Ihren Positionen, ob die Schweiz auch Friedenspolitik durch den Einbezug militärischer Ressourcen betreiben soll.

psg Die Arbeit im Parlament ist keine einfache. Da versucht man auch pragmatisch kleine Schritte zu gehen. Zum Beispiel, wenn wir vor der Frage stehen: Befürworten wir einen weiteren Einsatz der Swisscoy im Kosovo oder nicht? Die historische Betrachtung nützt mir da eher wenig. Mein Hauptfokus liegt natürlich auf der zivilen Friedensförderung. Aber wenn wir schon eine Armee haben, finde ich es besser, wenn sie ihren Fokus stärker auf Friedensförderung verlagert, als weitere Panzergrenadiere auszubilden. Wenn ein Krieg vorbei ist und es darum geht, Konfliktparteien auseinanderzutreiben, Kombattante zu entwaffnen, ein Land wiederaufzubauen und es zu befrieden, ist eine bewaffnete und professionelle militärische Friedensförderung nicht zwingend fehl am Platz. Das Ende des Krieges ist noch lange nicht Frieden.

mw Gibt es auch aus zivilgesellschaftlicher Sicht Argumente für militärische Dimensionen von Friedensförderung?

al Natürlich nehmen wir die aktuelle Realität zur Kenntnis und sind offen für das Gespräch rund um die militärische Friedensförderung. Unser Fokus liegt aber klar auf ziviler Friedensförderung und auf der Vorbeugung von Konflikten – denn nach dem Konflikt ist vor dem Konflikt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prozesse so zu gestalten, dass bewaffnete Konflikte oder bewaffnete Gewalt gar keinen Platz mehr haben.

mw Ist nicht etwas faul daran, wenn Sie Entscheidungen in dieser Frage dem politischen Frieden in der Schweiz zuliebe ausklammern? Jo Lang hat von zehn Milliarden Franken gesprochen, die jährlich für militärische Sicherheitspolitik aufgewendet werden. Wenn es um eine Menschenrechtsinstitution in der Schweiz geht, streitet man sich, ob eine Million oder vielleicht doch drei oder fünf der Massstab wären. Das sind eklatant unterschiedliche Dimensionen.

al Natürlich braucht es mehr Ressourcen für zivile Friedensförderung. Aber es geht eben auch darum, dieses Feld stärker zu entwickeln. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes. Wir möchten den Fokus dabei auch auf die Verknüpfung von staatlicher Friedensförderung mit sozialpolitischen Bewegungen richten, die in den letzten Jahren erstarkt sind: die Frauenbewegung, die Klimabewegung, die antirassistische Bewegung. Nehmen wir die Schweizer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat 2023/24: Es gibt natürlich bei uns auch kritische Stimmen. Gerade bei dieser Kandidatur und dann im Sicherheitsrat ist es wichtig, dass die Schweiz ihre Friedenspolitik im Dialog und im Austausch auf Augenhöhe mit Bewegungen und NGOs gestaltet. Damit Schwerpunkte gesetzt werden, wo die Schweiz auch zivilgesellschaftlich stark ist, braucht es allerdings auch von uns Arbeit.

psg Es braucht noch viel Arbeit, aber eben auch mehr Ressourcen. Heute fliessen zu viele Gelder in die falsche Richtung. Wir sollten wegkommen von der Vorstellung, es gehe nur um Militär und Polizei. Wir müssen für menschliche Sicherheit, für die Menschenrechte eintreten. In der militärischen Ecke, in der ich mich ja auch aufhalte, reden wir damit noch an eine Wand. Im Sicherheitspolitischen Bericht ist jetzt immerhin der Klimawandel als Sicherheitsrisiko benannt worden – für mich ist es das grösste von allen.

mw Wenn sich die SP in Bern bei der Kampffliegerbeschaffung für bestimmte Varianten starkmacht oder sich für mehr Frauen in der Armee einsetzt, kann das in Richtung reiner Pragmatismus kippen. Dann ist kein umfassendes Verständnis von Sicherheit mehr sichtbar, Gewichte werden kaum mehr in eine grundsätzlich andere Richtung verschoben.

psg Wir überlegen uns immer wieder, wie wir uns in diesem Spannungsfeld bewegen können. Es ist natürlich die Gretchenfrage: Will man die Armee besser machen, oder negiert man sie? Die Haltung der SP ist so, dass wir Kampffjets für die Luftpolizei brauchen. Das könnte auch eine polizeiliche Aufgabe sein, aber in der schweizerischen Sicherheitsarchitektur ist es im Moment eine der Luftwaffe. Wir wollen nicht nur nein sagen, sondern konstruktive Vorschläge einbringen, natürlich auch mit dem Hintergedanken, dadurch ein wenig Verwirrung zu stiften, eine Diskussion auszulösen, Alternativen aufzuzeigen, um im besten Fall einen Kompromiss herauszuholen.

Sorgearbeit ist ein essenzieller Beitrag zu Frieden und Sicherheit

JK Die GSoA und auch die Grünen vertreten schon seit vielen Jahren die Position, dass eine Luftpolizei legitim ist wie die Polizei im Verkehr. Dafür braucht es acht bis zwölf Flieger. Das müssen nicht die Kampffjets sein, die die Schweiz jetzt posten will.

PSG Im Kontext von Gleichstellung und Diversität werden wir immer stärker mit Geschlechterfragen konfrontiert: Frauen spielen eine Schlüsselrolle in der Friedensförderung, und vermutlich würden sie auch in der Armee eine gute Rolle spielen. Wenn wir daran arbeiten, dass Frauen gleich viel verdienen wie die Männer, dass Carearbeit bezahlt wird und so weiter, dann müssen wir bei Erreichung dieser Ziele die Frage nach Frauen in der Armee ernsthaft diskutieren. Als mein ältester Sohn das Angebot für den Orientierungstag der Armee erhielt, fragte er: Wieso muss ich gehen und meine Schwester nicht?

JK Die GSoA ist dagegen, dass Frauen stärker in die Armee einbezogen werden und sowieso, dass Männer in die Armee gehen müssen. Es gibt einen grossen Geschlechtergraben in Armeefragen. Dank den Frauen ist der Gripen

abgestürzt, und bei der letzten Kampffjetabstimmung war eine Mehrheit der Frauen wieder dagegen. Jetzt versucht Bundesrätin Amherd die Frauen irgendwie näher an die Armee heranzubringen, was ihr zum Glück bisher misslungen ist. Aber Sicherheit heisst Care. Und bei der Carearbeit ist der Frauenanteil ja fast so hoch wie der Männeranteil in der Armee. Zudem: Eine Armee ist nicht irgendeine Institution. Sie ist ein Instrument zum Töten, zum Zerstören.

AL Ja, diese Diskussion rund um Männlichkeit auch in Bezug auf Krieg und Frieden müssen wir führen. Ich finde es allerdings gefährlich, mit klar abgegrenzten Konzepten und Definitionen von Frau und Mann an die Thematik heranzugehen. Auf jeden Fall wollen wir uns gesellschaftlich nicht dorthin bewegen, dass wieder mehr Leute in eine Institution eintreten, die in erster Linie Verteidigungs- und Kriegsaufgaben hat, statt sich grundlegend für Frieden, Menschenrechte und menschliche Sicherheit einzusetzen.

Das Ende des Krieges ist noch lange nicht Frieden

ww Aber für nicht wenige Menschen spitzt sich die Diskussion um Sicherheit in diesem Bereich wieder zu. Die Rüstungspirale dreht sich erschreckend, die USA hat ein gigantisches, wachsendes Rüstungsbudget, und China als zweite Supermacht zieht ganz langsam nach. Auch europäische Staaten drehen jetzt wieder munter an dieser Spirale. Für viele steht am Horizont die Frage: Stehen wir wieder vor einem Kalten Krieg, oder sind wir schon längst mittendrin?

jl Wir müssen alles tun, um einen neuen Kalten Krieg zu verhindern. Wir müssen auch hier gegen Aufrüstung kämpfen. Die Schweiz war seit 1848 nie so undemokratisch und uniform wie im Kalten Krieg. Aber gleichzeitig ist es so, dass wir in China eine Parteidiktatur haben, sich in Russland eine Art Stalino-Zarismus ausbildet und es auch in Belarus eine Tyrannei gibt. Die westlichen Politiker*innen, die einen neuen Kalten Krieg wollen, weisen natürlich darauf hin. Es gibt eine Lösung, einen dritten Weg, es gab ihn auch während des Kalten Krieges. Die Kunst liegt darin, die demokratischen Bewegungen in diesen Ländern zu unterstützen

und sie mit den unsrigen zu verbinden. Wir stärken die Kalten Krieger*innen im Westen, wenn wir unsolidarisch sind mit der Demokratiebewegung in Hongkong, in Russland oder in Belarus. Die Erfahrungen, beispielsweise 1968, zeigen, dass sich soziale Bewegungen gegenseitig stärken. Hier liegt meine Hauptdifferenz zu Positionen wie jener von Michael Brie → S. 29. Er verteidigt die Regimes, indem er über die Demokratie- und Menschenrechtsbewegungen nichts sagt. Indem wir weltweit soziale, ökologische, emanzipatorische Bewegungen unterstützen, unabhängig vom Charakter der Regimes, mit denen sie konfrontiert sind, setzen wir dem Kalten Krieg eine Alternative gegenüber. Im Vergleich zu 1968 erleichtert ein neuer Faktor diese Dialektik: die Klimafrage. Sie betrifft jetzt wirklich alle. Was mich bei Michael Brie befremdet: Er redet von Selbstbestimmung der Völker, von Kollektiven, aber nie von Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, der Individuen. Freiheit ist letztlich individuelle Freiheit. Er fragt, ob nicht auch ein Einparteiensystem ein gangbarer Weg sein kann. Nein! Heute bedeutet Einparteiensystem immer Diktatur. Zu einer modernen Gesellschaft gehören wegen der Pluralisierung

und der Individualisierung mehrere Parteien, auch mehrere Arbeiterparteien.

AL Die Polarisierung, die auf dieser globalen Ebene stattfindet, hin zu einem nächsten Kalten Krieg, kann man ja auch bis ins ganz Alltägliche und Zwischenmenschliche beobachten. Polarisierung bedeutet eine Verunmöglichung, differenzierte Positionen zu vertreten. Es ist alles immer schwärzer und weisser, das Grau verschwindet. Ein Einsatz für das Grau gehört zur Friedensförderung. Es gibt immer auf beiden, auf allen Seiten Dinge, die wir kritisieren müssen und können, und andere, die wir unterstützen und fördern wollen. Wir weigern uns, uns auf eine Seite drängen zu lassen, wir verteidigen den Raum für differenzierte Analysen, Gespräche, wirkliche Solidarität – für all das, was wir anstreben, wenn wir von positivem Frieden sprechen und uns gegen Kriegsrhetorik wehren, die die Leute charakteristischerweise auf die eine oder andere Seite drängt. Dazu ist es wichtig, uns verstärkt mit den Fragen nach Information und Desinformation auseinanderzusetzen, die auch im Sicherheitspolitischen Bericht angesprochen werden.

PSG Wir kommen nicht darum herum: Wie reagieren wir auf China? In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns jetzt. Vom Bundesrat sehe ich trotz China-Strategie keine konsolidierte Haltung. Jede Gelegenheit muss genutzt werden, um auf Völkerrecht, Menschenrechte oder WTO-Regeln hinzuweisen. Aber ich bin realistisch genug. Die Schweiz ist überhaupt nicht auf Augenhöhe mit China. Sie muss das in einem internationalen Kontext tun, vielleicht mit der EU zusammen. Man kommt nicht an China vorbei. China muss man begegnen.

WW In der breit gefächerten linken Bewegung gab es ja seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Bezug auf Friedens- und Sicherheitspolitik immer gewisse Kompassse, welche Menschen zur Hand nahmen: Antimilitarismus war eine sehr prägende Orientierung in vielen Teilen der Bewegung, oder Pazifismus, grundsätzlich aber auch eine gewaltfreie Haltung. Spielen in eurer friedenspolitischen Arbeit solche Leitplanken noch eine Rolle?

AL Ja, für meinen Antrieb, diese Arbeit zu tun, sehr. In unserer Plattform KOFF haben wir verschiedene Organisationen, die sich an bestimmten Werten und Prinzipien orientieren, wie zum Beispiel an einer feministischen Friedenspolitik, am Antimilitarismus oder an der

Gewaltfreiheit. Ich beobachte, wie im Moment Gewaltfreiheit und das Paradigma der Kultur des Friedens wieder Aufschwung erleben. Viele Organisationen wollen sich stärker mit der Bedeutung von Gewaltfreiheit im konkreten Alltag auseinandersetzen. Deshalb streben wir einen gemeinsamen Lernprozess dazu an.

PSG Auch wenn es manchmal im politischen Alltag schwierig ist, die Orientierung zu behalten, steht ein solcher Kompass hinter allem meinem politischen Tun. Frieden und Sicherheit sind ein Grundbedürfnis. Es geht mir immer darum, die menschliche Sicherheit zu stärken, die menschliche Unversehrtheit, aber auch die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten. Es geht mir um die Grundrechte, die Freiheitsrechte, um soziale Rechte, damit alle eine wirtschaftliche Perspektive haben. Solidarität treibt mein tägliches Tun an.

JL Meine Skepsis gegenüber Gewaltanwendung ist viel, viel grösser als früher. Wenn ich die Katastrophen in Nicaragua und El Salvador sehe, hat die heutige Gewalt auch mit der Gewaltförmigkeit des damaligen Konflikts zu tun. Zudem fiel es Bewegungen, die in einem bewaffneten Befreiungskampf, der wahrscheinlich unvermeidlich war, an die Macht kamen, sehr schwer, von der Kommandostruktur zu einer demokratischen zu wechseln. Die Klimabewegung heute ist ja betont gewaltfrei. Sie kultiviert etwas, worin ich eine Chance sehe und eine Kunst, die wir noch weiter entwickeln müssen: den zivilen Ungehorsam. Das ist aus meiner Sicht die Alternative zu Gewalt, weltweit. ●

- Josef Lang, *1954, ist im katholischen Milieu im Aargauer Freiamt aufgewachsen. Dieser Hintergrund führte ihn in die Politik, zuerst in die trotzkistische IV. Internationale. Er promovierte als Historiker über den baskischen Widerstand gegen Franco. Dreissig Jahre war er Parlamentarier, zuerst auf zugerischer, dann bei den Grünen auf nationaler Ebene. Parallel dazu und bis heute engagiert er sich in Bewegungen, vor allem in der GSoA, die er seit 2004 im Stiftungsrat von Swisspeace vertritt.
- Anna Leissing, *1982, ist seit 2018 Leiterin der Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF bei Swisspeace. Nach dem Studium der Sozialanthropologie an der Universität Bern war sie für Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen tätig. Mehrjährige Aufenthalte in Guatemala und Honduras waren prägend. Sie ist Mitglied des Stadtparlaments in Bern, des Vorstands von Peace Watch Switzerland und betreibt eine Kollektivwerkstatt.
- Priska Seiler Graf, *1968, wohnt in Kloten, wo sie auch aufgewachsen ist und im Stadtrat als Sicherheitsvorsteherin aktiv war. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder. Die ausgebildete Sekundarlehrerin und Ballettpädagogin sitzt seit 2015 für die SP im Nationalrat und ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Sie ist zudem Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich.